

## **Goldene Hochzeit: ist die deutsch-französische Ehe vorbei?**

### **Von dem Mythos der guten Zusammenarbeit**

Wer sich darüber beklagt, dass dem deutsch-französischen Paar die Luft ausgeht und die Beziehungen vermeintlich nicht mehr so prickelnd sind, der sollte einmal auf den Zeitraum zwischen 1913 und 1963 schauen, um zu ermessen, was in den letzten 50 Jahren erreicht wurde. Fünfzig Jahre vor dem Elysée-Vertrag, im Jahr 1913, hatte Europa seinen „zweiten Dreißigjährigen Krieg“ noch nicht erlebt, zwei große Kriege in nur 50 Jahren standen Deutschen und Franzosen noch bevor.

#### **„Tu m’aimes moi non plus“**

Dann erscheint es schnell müßig, sich darüber zu beklagen, dass in den letzten 50 Jahren oft alles nicht so rosig war zwischen Deutschland und Frankreich, das Paar sich oft gestritten hat bzw. der politische Wille für den großen Wurf in Europa oft fehlte. In den letzten fünfzig Jahren haben Frankreich und Deutschland viele Meinungsverschiedenheiten ausgetragen und der Mythos vom Traumpaar ist daher irreführend. „Tu m’aimes moi non plus“: Streit und Ambivalenzen gehören seit jeher zu den Charakteristika der deutsch-französischen Beziehungen. In diese Kategorie gehören die Europäische Verteidigungsgemeinschaft aus dem Jahr 1954, die Römischen Verträge von 1957, die wegen des Bananenfrehandels fast scheiterten, die Fouchet-Pläne, die mit dem Argument, dass sie der NATO zuwiderlaufen würden, von Deutschland 1962 abgelehnt wurden und sogar der Elysée-Vertrag selbst, den Charles De Gaulle abschätzig mit einer verblühten Blume verglich, als der Bundestag gerade vereinbarten deutsch-französischen Sicherheitspartnerschaft eine Präambel voranstellte, in der die Bedeutung der NATO betont wurde.

Trotz des Elysée-Vertrages haben sich Deutschland und Frankreich seit 1963 unaufhörlich um Europa gestritten. Die Geschichte der deutsch-französischen Nachkriegsbeziehungen wird vom deutschen Historiker Gilbert Ziebura als eine von den Amerikanern geforderte „Zwangsehe“ beschrieben. Frankreich nutzte die USA, um sich vor Deutschland zu schützen, aber ohne die Absicht, die europäische Integration voranzutreiben. Im Gegensatz dazu nutzte Bonn seine Freundschaft zu Paris, um mehr internationale Glaubwürdigkeit zu gewinnen und sich als „europäischer Musterschüler“ vor den Amerikanern zu profilieren – und dies, obwohl Deutschland dem französischen Projekt eines starken Europas tief misstraute.

Bonn wollte Integration ohne Macht und Paris Macht ohne Integration. Die französische Virilität hat Deutschland niemals beeindruckt und die deutschen Betörungen – die juristische Besessenheit, die institutionellen Fragestellungen über eine politische Union oder die mysteriösen Begriffe von „Subsidiarität“ und „Föderalismus“ haben Marianne nie bezaubert.

Auch nach dem Mauerfall 1989 waren die Streitigkeiten nicht vorüber, obwohl die Kohl-Mitterrand-Delors-Jahre als deutsch-französische Flitterwochen gelten: Konflikte über das Eurocorps und die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), Spannungen über die Währungsunion und den Vertrag von Maastricht, u.v.a.m.

Auch nach der Gründung der Europäischen Union blieb das Verhältnis chaotisch: Missklänge über die Rolle der Europäischen Zentralbank, den Namen der Währung, den Stabilitäts- und Wachstumspakt und seine Folgeschäden ließen eine unvollendete, klaffende politische Baustelle, die weder in Amsterdam (1997) oder Nizza (2000), noch von der Erklärung von Laeken (2003) oder dem Europäischen Verfassungskonvent (2005), überwunden wurde. Die heutige Eurokrise erinnert schmerzhaft daran, dass Maastricht und seine „immer engere Union“ unvollendet geblieben sind.

### **Eine Symmetrie in Scherben**

Eines ist sicher: die alte Symmetrie zwischen der politischen Macht Frankreichs und der wirtschaftlichen Macht Deutschlands ist aufgeklärt. Der wirtschaftliche Rückstand Frankreichs und der deutsche politische Auftrieb seit der Wiedervereinigung haben den Abstand zwischen den beiden Ländern vergrößert. Die EU hat darunter gelitten. Während Frankreich bei der EU-Osterweiterung schmollte, hatte Deutschland Probleme, mit seinem Zuwachs an politischer Macht in Europa umzugehen. Berlin war zeitweilig versucht, sich von Europa abzuwenden, während Frankreich sich in Europa vor der Globalisierung verstecken wollte. Die deutsch-französischen Beziehungen liefen schon seit einigen Jahren nicht mehr reibungslos.

Eine erste Veränderung fand unter Jacques Chirac und Gerhard Schröder statt, unter denen das Tandem zu einer Lokomotive ohne Anhänger mutierte, die die europäischen Partner über den Irak-Krieg entzweite, die den Euro-Stabilitätspakt gemeinsam brach und sich heimlich über die gemeinsame Agrarpolitik verständigte. Als einige europäische Partner gegen das deutsch-französische Gekümmel protestierten, katapultierte sich Frankreich mit seinem kategorischen „Nein“ zur Europäischen Verfassung von 2005 aus der europäischen Diskussion und ließ Deutschland quasi allein in und mit Europa. Deutschland, inzwischen tief verändert

durch die Wiedervereinigung, entschied sich, seine Wirtschaft mit einem großen Kraftaufwand zu reformieren und sich dabei auf die Weltmärkte zu stützen. Frankreich erlebte daher seit ca. 2006 seinen wirtschaftlichen Rückstand gegenüber Deutschland und versuchte nunmehr, mit Deutschland politisch zu konkurrieren: die Mittelmeerunion wurde zur Antwort auf die östliche Partnerschaft der EU; mit der Integration in die militärischen Strukturen der NATO wollte Frankreich Deutschland auf einmal in den transatlantischen Beziehungen als Juniorpartner auf dem europäischen Kontinent überbieten.

### **Ist Frankreichs Wirtschaft reformierbar?**

Die wirtschaftliche Lage der beiden Länder entwickelte sich spätestens seit 2006/2007 auseinander als die Hartz-IV-Reformen begannen, Früchte zu tragen. Das deutsche Haushaltsdefizit sank, obgleich Deutschland die Kosten der Wiedervereinigung zu schultern gehabt hatte, das französische blieb, der wirtschaftliche Riss zwischen beiden Ländern wurde ab da größer. Heute ist der Anteil der Industrie am BIP 13 Prozent, hingegen in Deutschland bei 30 Prozent. Die mittelständischen Betriebe bilden die wirtschaftliche Wirbelsäule in Deutschland, während Frankreich eine Deindustrialisierung erlebt. Auf der anderen Seite hat Frankreich eine Investitionsrate in Höhe von 11 Prozent, Deutschland hingegen nur von 3,3 Prozent. Die französische Demographie und seine Binnennachfrage sind viel dynamischer, das BIP Frankreichs ist heute 38 Prozent höher als im Jahr 1990 gegenüber einem Zuwachs von nur 30 Prozent in Deutschland, und es gibt 3,8 Millionen mehr Beschäftigte auf dem französischen Arbeitsmarkt als im Jahr 1995.

Deutschland hat Frankreich im Wesentlichen seinen starken Export voraus, steht aber in anderen Parametern nicht so gut da, z.B. in sozialer Kohäsion. Trotzdem ist die Frage, wie Frankreich die Problematik seiner notwendigen Strukturreformen angehen und wie das politische System damit umgehen wird. In der Tat scheint ein großer Teil der Gesellschaft – und der neuen Regierung – gegenüber Strukturreformen eher skeptisch eingestellt und zum Teil hat die Regierung eher klassische „linke Rezepte“ nach den Wahlen mobilisiert – z.B. die Erhöhung der Vermögensteuer auf 75 Prozent - während Deutschland lieber sehen würde, dass sich Frankreich zügig durch Arbeitsmarktreformen neu auf dem Weltmarkt positioniert.

Deutschland ist sich bewusst, dass die Währungsunion Frankreich drei seiner bevorzugten wirtschaftlichen Instrumente entzogen hat: Inflation, Abwertung und Industriepolitik. Viele in Deutschland fürchten daher, dass Frankreich seine strukturellen Reformen nicht in den Griff bekommt und dadurch zu einer Bremse für

die wirtschaftliche Integration Europas wird. Auch wenn man andererseits, und teilweise mit recht, Deutschland eine Politik von Sozialdumping und eine Vernachlässigung der Binnennachfrage („Beggar-thy-neighbor-Politik“) und damit die Schaffung von Handelsungleichgewichten innerhalb der EU vorwerfen kann: Viele Wirtschaftswissenschaftler sehen Reformen in Frankreich als notwendig an und sind von den zahlreichen anti-Sparpolitik-Reden der französischen Sozialisten irritiert. Doch es gilt in Frankreich immer noch einen Traum der „Sonderstellung à la France“. In Deutschland gibt es einen gesamtgesellschaftlichen Konsens, mehr oder weniger alles zu tun, damit Deutschland global wettbewerbsfähig bleibt. Dergleichen fehlt in Frankreich, das Europa teilweise immer noch gerne als „Festung“ organisieren würde. Das Problem ist, dass Deutschland aufgrund der Natur der deutsch-französischen Beziehungen seine wirtschaftspolitischen Entscheidungen nicht so „diskutieren“ kann, wie es das in jüngster Zeit mit Griechenland, Italien oder auch Spanien gemacht hat. Mit Frankreich kann Deutschland keine Kraftprobe gewinnen: es wird französische Interessen und Vorstellungen mit Blick auf die EU-governance zumindest teilweise akkommodieren müssen.

### **Politische Union: wohin?**

1994 hat Frankreich die im Schäuble-Lamers-Papier vorgeschlagene Union abgelehnt. Damals schon war klar, dass der wunde Punkt der zukünftigen gemeinsamen Währung die fehlende gemeinsame Budget-, Steuer- und Sozialpolitik war, also eine Art europäische Regierung. Frankreich hat indes die politische Dimension von Maastricht ignoriert und suchte Zuflucht in technischen Begriffen. Frankreich sprach damals von der Notwendigkeit einer „Wirtschaftsregierung“, was Deutschland indes stets ablehnte unter dem Vorwand, dass eine solche Regierung die Unabhängigkeit der EZB gefährden würde. Dieser semantische Streit über die Begriffe „politische Union“ und „Wirtschaftsregierung“ dauerte also fast 20 Jahre bis die Eurokrise die Fehlkonstruktion des Euro offen legte. Insofern ist die große Herausforderung heute wie damals, das Verhältnis zwischen Markt und Staat auf europäischer Ebene wieder herzustellen: eine deutsch-französische „Synthese“ ist dazu der Schlüssel, gerade weil beide Staaten mit so unterschiedlichen Vorstellungen kommen.

Berlin hat inzwischen das Konzept einer zunehmenden wirtschaftspolitischen Integration akzeptiert. Die Krise macht eine viel engere wirtschaftliche Kooperation notwendig: durch den Europlus-Pakt vom Juni 2011 und den Fiskalpakt vom Januar 2012 versuchte die EU, das makro-ökonomische Defizit durch neue Formen der Euro-governance in der europäischen Wirtschaftspolitik auszufüllen. Dies hat in gewisser Weise die französischen Forderungen befriedigt. Für Deutschland

benötigen solche Maßnahmen aber auch eine politische Union. Denn in Deutschland haben die transnationalen, europäischen Rettungsmaßnahmen einen politischen Aufschrei provoziert, weil sie nicht mit der „no bail-out-Klausel“ des Maastrichter Vertrages kompatibel seien und dem Prinzip „no taxation without representation“ widersprechen.

Diesen zentralen politischen Konflikt werden Frankreich und Deutschland in den nächsten 50 Jahren ihrer Zusammenarbeit auflösen müssen: Europa braucht einen neuen contrat social und eine Verständigung über wirtschaftlichen und politischen Föderalismus. Deutschland hat sich 1992 auf eine gemeinsame Währung ohne politische Gegenleistung eingelassen und die Frage ist heute, ob Frankreich bereit ist, Deutschland in Richtung einer politischen Union zu folgen. Wenn ja, dann könnte die derzeitige Krise vielleicht in einigen Jahren nach der Bankenunion zu einer Haftungsunion führen und Berlin vielleicht Eurobonds akzeptieren, vorausgesetzt, Paris ist zu jenem Verzicht auf politische Souveränität bereit, den dies bedeuten würde. Die goldene Hochzeit verlangt nun von beiden Staaten die eigentliche Mitgift. Die Zeit für Ambivalenzen und Doppeldeutigkeiten, die Pufferzone für Missverständnisse ist abgelaufen. Die Eurokrise erfordert ein klares Bekenntnis und beherrschte Schritte. Der fünfzigste Jahrestag des Elysée-Vertrages könnte daher ein guter Anlass sein, wirkliche Integrationsfortschritte für Europa vorzubereiten. Zwar wird die Schaffung einer politischen Union und einer transnationalen Demokratie noch eine Weile dauern, aber sie konkret in Angriff zu nehmen, wäre schon ein wichtiger Schritt.

### **Und die Völker... ?**

Der Abstand zwischen Elite und Bevölkerung über die europäische Frage ist auf beiden Seiten des Rheins sehr groß. In Deutschland wächst die Skepsis der Bürger gegenüber der europäischen Integration. Auch in Frankreich machen Souveränisten auf der linken wie rechten Seite der französischen Regierung das Leben mit Blick auf Europa schwer. Das „republikanische“ Denken, das in Frankreich immer noch prägend ist, steht der „von Deutschland aufgezwungenen“ Sparpolitik entgegen.

Weder Franzosen noch Deutsche scheinen bereit, ihre Souveränität aufzugeben oder ihr eine neue parlamentarische Struktur auf europäischer Ebene zu geben oder ihre jeweilige sozioökonomische Kultur aufzugeben. Sie wollen aber auch nicht auf Europa und seine Vorteile verzichten: auf beiden Seiten des Rheines schwankt man hin und her zwischen einem rationellen „Ja“ und einem emotionellen „Nein“ zu Europa. In Deutschland sind etwa 70 Prozent der Befragten gegen die „Vereinigten Staaten von Europa“ bzw. eine europäischen Föderation. 54 Prozent würden am

liebsten raus aus dem Euro, obwohl 84 Prozent davon ausgehen, dass der Euro lange bestehen bleiben wird.

Was Frankreich betrifft ist, so ist die politische Wunde des „Nein“ zur europäischen Verfassung von 2005 immer noch offen und die Franzosen bleiben gespalten: Der linke Flügel der Sozialistischen Partei sowie die Grünen in der Regierung sind gegen die Sparpolitik; ebenso Marine Le Pen und ein kleiner Teil der konservativ-liberalen Partei UMP, die ein integriertes, liberales und von Deutschland inspiriertes Europa nie befürwortet haben. Gut die Hälfte der Franzosen könnte daher einer französischen Reformpolitik entgegenstehen.

Zum 50. Jahrestag des Elysée-Vertrages befinden sich Paris und Berlin de facto vor der Herausforderung, ihre politischen und wirtschaftlichen Systeme in einem mehr integrierten Europa gleichsam fusionieren zu lassen bzw. aneinander anzugleichen, denn Europa braucht einen neuen Gesellschaftsvertrag auf europäischer Ebene. Damit der deutsch-französische Kompromiss für alle anderen europäischen Staaten akzeptabel wird, müssen die beiden Länder sich streiten! Zu viel Harmonie, eine Symbiose wie bei „Merkozy“, lässt den anderen Staaten nicht genug Platz. Der konstruktive deutsch-französische Streit ist das eigentliche Triebmittel für die europäische Integration!

### **Welches Europa für welche Jugend ?**

Große Projekte brauchen zahlreiche Träger. Die deutsch-französische Routine funktioniert gut. Dies beweisen zahlreiche Kooperationsprojekte in verschiedenen Sektoren (Technologie, Forschung, Jugendaustausch, Sicherheit). Aber Normalität verursacht Langeweile, insbesondere bei der Jugend.

Paris ist nicht mehr cool und sowieso zu teuer um dort zu studieren. Im Gegensatz zu den 60er, 70er oder 80er Jahren träumen die jungen Deutschen nicht mehr von der Sorbonne, so wie man damals auf den Spuren von Sartre oder Simone de Beauvoir wandeln wollte oder als man zu den Seminaren von Lacan, Foucault, Baudrillard und Grosser eilte. Vierzig Jahre nach der Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerkes (DFJW) ist Frankreich trotz aller investierten Gelder nicht mehr attraktiv, während Deutschland, vor allem Berlin, gerade an Attraktivität für junge Franzosen gewinnt. Die neue Normalität spiegelt sich im Rückgang der Sprachkenntnisse, des Jugendaustauschs und der Übersetzungen. Für einen jungen Deutschen sowie für einen jungen Franzosen liegt der Mittelpunkt der Neugierde nicht mehr in Paris oder Berlin sondern in Shanghai, Kairo oder Dubai. Wie könnte man also eine europäische Identität entwickeln? Es scheint, als ob junge

Leute heute von Europa profitieren wollen, ohne es indes zu verteidigen. Sie unterschätzen dabei das Auflösungsrisiko Europas.

Europa existiert zwar für die Jugend, aber ohne Erzählung. Die neue Erzählung eines starken post-1989-Europas ist noch zu schreiben – und dies gilt auch für seinen Hauptmotor, die deutsch-französischen Beziehungen. Die europäische Erzählung muss an das 21. Jahrhundert angepasst werden, damit es eine gemeinsame Antwort auf die Frage gibt: „Was wollen wir gemeinsam in der Welt und für die Welt machen?“ Wird sich die junge Generation diese Aufgabe zu Herzen nehmen? Und übrigens, welche Jugend? Studien zeigen, dass die Mobilität für die gehobenen wohlhabenden Milieus steigt, während sie für die bildungsfernen Sichten sinkt: der Jugendliche aus Berlin-Marzahn kommt nicht nach Mitte, genauso wie der Jugendliche aus dem Pariser Vorort selten nach Paris fährt. Europa wurde bisher maßgeblich für die Erasmus- und Easyjet-Jugend gemacht. Die nicht-akademische Jugend hat bisher wenig von der EU profitiert, im Gegenteil, die hat eine ganze Generation von jungen Griechen, Spaniern oder Italienern arbeitslos gemacht. Die soziale Spaltung von heute ist die europäische Spaltung von morgen.

Überall ist die Jugend, wenn sie sich für Europa interessiert, eher agnostisch als romantisch. Europa ist nicht mehr ihre Baustelle. Es gibt ein klares generationelles Problem in Europa. Das ist vielleicht die dringendste deutsch-französische Aufgabe: Europa für die Jugend wieder attraktiv zu machen, laut zu sagen, dass Europa sich ohne das Engagement der jüngeren Generationen nicht weiterentwickeln wird. Heute, wie im Jahr 1963, ist es die Jugend, die entscheidet, ob die deutsch-französische Freundschaft und damit Europa vorbei ist – oder nicht! Und welchen Preis man bereit ist, dafür zu bezahlen.

**Dr. Ulrike Guérot** ist Deutschland-Repräsentantin und Senior Policy Fellow am Berliner Büro des European Council on Foreign Relations (ECFR), einem paneuropäischen Think-Tank, der für eine einheitliche und effiziente europäische Außenpolitik eintritt. Als promovierte Politikwissenschaftlerin beschäftigt sich Ulrike Guérot vornehmlich mit den Themen des europäischen Integrationsprozesses, der deutsch-französischen und der euro-atlantischen Beziehungen. Als Projektleiterin des ECFR-Forschungsprogramm „Germany in Europe“ schreibt und kommentiert sie regelmäßig auf ihrem „Deutschland in Europa“ Blog sowie für führende deutsche und europäische Zeitungen und Medien.

**Kontakt:** [ulrike.guerot@ecfr.eu](mailto:ulrike.guerot@ecfr.eu)

Dieser Text hat als Grundlage die gekürzte Übersetzung vom Artikel „Politique Etrangère Noces d'or franco-allemandes : le couple est-il fini ?“, Politique Etrangère, vol. 77, n°4, hiver 2012-2013. Dank geht an Léa Briand, Praktikantin beim ECFR-Büro in Berlin, für ihre Hilfe bei der Übersetzung.